

systematische Auseinandersetzung mit Unklarheiten, rückständigen Auffassungen, aber auch mit vom Gegner bewußt in die Bevölkerung hineingetragenen feindlichem Material. Dieses Ringen um die Überzeugung der Menschen, vor allem um die Hebung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse, trat auf der Konferenz nicht so in Erscheinung, wie es in Anbetracht der Bedeutung dieser Hauptaufgabe notwendig gewesen wäre. Wenn darüber gesprochen wurde, so meistens nur vom organisatorischen Standpunkt aus, nämlich, wie man Agitatoren wählt und sie anleitet. Aber das allein genügt nicht. Manche Diskussionen im RAW, in der Tuchfabrik, in der Wolle, im Starkstromanlagenbau und anderen Betrieben zeigen, wieviel Unklarheiten vorhanden sind, aber auch wie der Gegner arbeitet. Ob es sich um die freien Wahlen handelt oder um die Rolle Adenauers, ob es sich um den Vorschlag Molotows um die Einberufung einer Fünf-Mächte-Konferenz zur Milderung der internationalen Spannungen handelt oder um die Oder-Neiße-Grenze, immer wieder zeigte es sich, daß es nicht genügt, die Politik der Partei und der Deutschen Demokratischen Republik einmal zu erklären, sondern daß es notwendig ist, sie immer wieder und wieder zu erläutern, die Fragen von allen Seiten zu beleuchten, geduldig und unermüdet von neuem anzufangen, um in zäher Arbeit zu Erfolgen zu kommen. Der Beschluß der Bezirksleitung Cottbus über ihre massenpolitische Arbeit, der sich aus der Berichtserstattung im Politbüro ergab, fand auf der Konferenz nicht die genügende Konkretisierung. Es ist notwendig, alle Fragen der Massenarbeit in der Partei zu behandeln und sich auch vor den Parteimitgliedern mit den in der Bevölkerung vorhandenen Meinungen und Auffassungen auseinanderzusetzen. Nur so wird Klarheit geschaffen werden.

Dazu gehört aber zweitens die Verstärkung der ideologischen Arbeit in der Partei. Es genügt nicht, das Parteilehrjahr nur durchzuführen, vom Marxismus-Leninismus und vom Kampf gegen Sozialdemokratismus zu sprechen, es ist notwendig, in jeder Mitgliederversammlung ständig die ideologischen Fragen im engen Zusammenhang mit der täglichen Arbeit zu behandeln und unversöhnlich gegenüber falschen und feindlichen Auffassungen aufzutreten. Wenn eine Grundorganisation weiß, daß ein leitender Genosse sich in Westberlin ein Bettelpaket geholt hat und ihn trotzdem als Delegierten zur Konferenz schickt, so zeugt das nur davon, wie wenig in dieser Grundorganisation ideologisch gearbeitet wird und wie versöhnlicher sie ist. Aber den Kampf gegen Sozialdemokratismus und Versöhnertum kann man nur führen, wenn man Kritik und Selbstkritik entwickelt, wenn man die Behandlung ideologischer Fragen nicht auf das Parteilehrjahr verschiebt, wenn man die Durchführung der Beschlüsse kontrolliert und jedes Parteimitglied zur aktiven Mitarbeit heranzieht.

Drittens sind die Fragen der Durchführung der Gesetze und Verordnungen sehr schwach behandelt worden.

Kritik am Stadtrat und Bezirksrat gab es fast nicht. Die so bedeutungsvolle Verordnung vom 10. Dezember über die „Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften“ spielte gar keine Rolle. Von den Gewerkschaftsfunktionären hat keiner gesprochen. Es scheint, daß sich die Partei um diese

Fragen zuwenig gekümmert hat und die Genossen in der Gewerkschaftsarbeit zuviel sich selbst überläßt. Aber

die strikte Durchführung dieser Verordnung und anderer ist ein gut Teil Arbeit zur Überzeugung der Menschen. Man kann nicht nur agitieren, man muß auch die Erfüllung unserer Maßnahmen organisieren.

Viertens hätte man die Fragen der Jugend und ihrer Arbeit sowohl im Rechenschaftsbericht wie in der Diskussion ernster behandeln müssen. Es genügt nicht, ernste Dinge festzustellen, zu registrieren, es ist notwendig festzulegen, was getan werden muß, um eine Änderung zu schaffen. Wenn im Cottbuser Bekleidungswerk 16 Jugendliche aus der FDJ austreten wollten, weil die FDJ im letzten Jahr keine Arbeit geleistet habe und es deshalb zwecklos sei, noch Mitglied zu bleiben, so ist das doch eine erschütternde Tatsache. Vor 1933 war es selbstverständliche Pflicht der Parteiorganisationen und der Parteimitglieder, sich um die Jugend zu kümmern, ihr zu helfen durch freundschaftliche Beratung und Anleitung, durch Referenten und durch persönliche Diskussion mit einzelnen Jugendlichen. Das ist heute fast vollständig vernachlässigt worden. Aber das geht nicht mehr, das darf nicht mehr so bleiben. Die Partei hat die Pflicht, sich um die Jugend zu kümmern. Es ist unser Nachwuchs für unsere politischen und staatlichen Aufgaben.

Damit im Zusammenhang steht fünftens die Lage in den Schulen. An der 2. Grundschule lehnten sieben von elf Lehrern, die der Partei angehören, das Tragen des Parteiabzeichens ab, „weil das den Unterricht störe“. Im Elternausschuß der 6. Grundschule sind drei Pfarrer, die natürlich die Pionierarbeit ablehnen. In einer anderen Schule erklärte eine Lehrerin den Pionieren, sie müßten ohne Halstuch kommen, da sie sonst Entzündungen am Hals bekämen. Manche Schulleiter haben es nicht gern, wenn sich der Elternausschuß um die Schule und den Unterricht kümmert. Natürlich gibt es auch einige gute Beispiele. Was man aber tun muß, um den Zustand an den Schulen zu ändern, kam weder im Rechenschaftsbericht noch in der Diskussion zum Ausdruck.

Die sechste Frage betrifft das innerparteiliche Leben. Solche Fragen, wie die Arbeit mit dem Parteiaktiv, der Parteiauftrag, die Durchführung der Mitgliederversammlungen, die Einhaltung des Parteistatuts, die Bildung von Parteigruppen in den Großbetrieben und ihre Arbeit wurden überhaupt nicht behandelt. Das ist ein ernster Mangel. Das zeigt nur, daß man die Bedeutung der Normen und Prinzipien des Parteilebens unterschätzt. Aber die Vernachlässigung dieser Fragen muß sich zwangsläufig auf die gesamte Partearbeit auswirken. Nehmen wir als typisches Beispiel dafür eine Seite des innerparteilichen Lebens: Die Mitgliederbewegung. Die Kreisorganisation Cottbus zählt nach dem Bericht 8661 Mitglieder. Davon 3108 Arbeiter = 35,9 Prozent, Angestellte 3454 = 40 Prozent. Bei den Kandidaten ergibt sich folgendes Bild: 265 Arbeiter = 37,7 Prozent, Angestellte 450 = 52,3 Prozent. Wir sind aber eine Arbeiterpartei, d. h., die Mehrheit der Mitglieder müssen aus der Arbeiterklasse kommen. Nun sind gewiß zehntausende unserer Mitglieder in leitende Funktion in Staat und Wirtschaft gekommen, werden also jetzt als Angestellte geführt. Um so mehr müßte man bemüht sein, Arbeiter als Kandidaten zu gewinnen. Die Kandidatenzahlen von Cottbus zeigen aber, daß man sich in Cottbus nicht daran gehalten hat. Noch ernster ist das Bild, wenn man die altersmäßige Zusammensetzung betrachtet. Von den Mitgliedern sind bis 30 Jahre alt 14,4 Prozent, aber über 50 Jahre 42 Prozent. Bei den